

DIE SICH ÄNDERENDE ROLLE DES NATIONALEN RICHTERS IN EU-BEIHILFESACHEN ONLINE-FORTBILDUNG FÜR NATIONALE RICHTER

Ziel dieser interaktiven Online-Fortbildung ist es, nach den jüngsten Änderungen die Rolle des nationalen Richters bei der Anwendung der EU-Beihilfavorschriften in ein neues Licht zu rücken. Insbesondere wird sie nationalen Richtern mehr Wissen darüber vermitteln, wie sich die aktuelle Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs auf ihre Aufgabe bei der Anwendung der EU-Beihilfavorschriften praktisch auswirken wird. Sie wird ihnen auch aktuelle Informationen zu den aus der Modernisierung des Beihilfenrechts resultierenden Änderungen vermitteln, die Auswirkungen auf die Ausführung dieser Aufgabe haben.

Schlüsselthemen

- Was stellt eine nach Unionsrecht rechtswidrige staatliche Beihilfe dar?
- Änderungen der richterlichen Befugnisse infolge der jüngsten Rechtsprechung
- Modernisierung der EU-Beihilfavorschriften die mit Auswirkungen auf nationale Gerichte
- Ausnahmen von den Beihilfavorschriften
- Befugnisse der Europäischen Kommission vs. Befugnisse der nationalen Gerichte und die neue Verfahrensverordnung
- Vollstreckung und Rückforderung
- Rechtsbehelfe

Wichtigste Merkmale

- Fortbildung verfügbar auf Deutsch, Englisch und Französisch
- Thematisch geordnete Video-Vorträge hochrangiger Experten für staatliche Beihilfen
- Praxisbezogene Fallstudien
- Online-Forum für die Interaktion mit Richterkollegen aus ganz Europa
- Hintergrunddokumentation zum Herunterladen
- Quizfragen zur Beurteilung Ihrer Kenntnisse im Bereich staatliche Beihilfen vor und nach Abschluss der Fortbildung

An wen richtet sich die Fortbildung?

Nationale Richter, Hilfsrichter und angehende Richter mit Grund- oder Vorkenntnissen über das EU-Beihilfenrecht, die aktuell oder potenziell mit der Anwendung der Beihilfevorschriften befasst sind bzw. befasst sein werden.



Kofinanziert durch das Programm „Schulung nationaler Richter“ der Europäischen Union

Überblick

1. Begriff der staatlichen Beihilfe

- Wichtige Erkenntnisse für nationale Richter aus der Bekanntmachung der Kommission zum Begriff der staatlichen Beihilfe
- Aktuelle Rechtsprechung zur Selektivität und zu anderen Kriterien von Art. 107 Abs. 1 AEUV
- Unterscheidung zwischen staatlichen Beihilfen und der Finanzierung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI)

2. Ausnahmen von der Anwendung der Beihilfevorschriften

- wichtige Aspekte der neuen Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) und des zugehörigen Praxisleitfadens. Prüfung der Anwendbarkeit der AGVO
- die überarbeitete *De-minimis*-Verordnung

3. Die Rolle nationaler Gerichte unter Berücksichtigung der jüngsten Rechtsprechung

- Arten von Klagen, Befugnisse bei neuen und bestehenden Beihilfen
- Rolle nationaler Gerichte während der Untersuchung der Kommission
- Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission
- die neue Verfahrensverordnung

4. Rückforderung von Beihilfen: jüngste Rechtsprechung zur Rolle nationaler Gerichte

- Grundsätze der Verfahrensautonomie, der Effektivität, des Vorrangs des Unionsrechts und der Bestandskraft
- rückzahlbarer Beihilfebetrag, Zinsen
- Verzögerung, Versäumnis oder Unmöglichkeit der Rückforderung

5. Sonstige Rechtsbehelfe

- Anfechtung der Gültigkeit der nationalen Maßnahme zur Gewährung der staatlichen Beihilfe
- vorläufiger Rechtsschutz
- Schadenersatzklagen

Diese Veröffentlichung wurde mit finanzieller Unterstützung des Programms „Schulung nationaler Richter“ der Europäischen Union erstellt. Der Inhalt dieser Veröffentlichung unterliegt der alleinigen Verantwortung des Autors und kann in keiner Weise als Sichtweise der Europäischen Kommission angesehen werden.